Stand: 09.11.2025 03:23:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20347

"Beschäftigte brauchen Perspektiven: Sachgrundlose Befristung in Bayern abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20347 vom 25.01.2018
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22426 des SO vom 05.06.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/22780 vom 14.06.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 14.06.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.01.2018 Drucksache 17/20347

Antrag

der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD

Beschäftigte brauchen Perspektiven: Sachgrundlose Befristung in Bayern abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um dem Anstieg von Beschäftigungsverhältnissen mit sachgrundloser Befristung in Bayern entgegenzuwirken.

Zu diesem Zwecke

- hat der Freistaat seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber gerecht zu werden und demgemäß darauf hinzuwirken, dass in diesem Bereich Beschäftigungsverhältnisse mit sachgrundloser Befristung komplett abgeschafft werden,
- hat sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Neuregelung des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG) einzusetzen, die das Ziel verfolgt, § 14 Abs. 2, 2a und 3 TzBfG und damit die Möglichkeit der darin genannten "Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes" zu streichen.

Begründung:

Wenn junge Menschen, bspw. Paare mit Kinderwunsch oder junge Eltern, über die ihrer Ansicht nach häufig unzureichende Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben im Freistaat klagen, spielt auch mangelnde Planungssicherheit im Beruf eine wesentliche Rolle: Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2016 ist ein sicherer Arbeitsplatz in diesem Zusammenhang eines der wichtigsten Anliegen der Unter-Vierzig-Jährigen in Bayern – mehr als 80 Prozent nennen diesen Punkt (Mehrfachnennungen möglich).

Doch nicht nur im Hochschulbereich hat gerade diese Generation häufig das Gefühl, als seien unbefristete Arbeitsverhältnisse inzwischen eher die Ausnahme als die Regel. Insbesondere die Zahl der Stellen mit sachgrundloser Befristung ist in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen: Seit 2003 hat sie sich auf etwa 175.000 fast verdoppelt. In Bezug auf befristete Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen lassen sich hingegen ambivalente Befunde treffen, die auch abhängig von der Betriebsgröße sind: In mittelgroßen Betrieben (5 bis 99 Beschäftigte) ist der Anteil befristet Beschäftigter in den vergangenen Jahren gestiegen, in Betrieben anderer Größen ging er entweder zurück oder stagnierte zumindest.

Als Beitrag für eine familienfreundliche Arbeitswelt ist es Aufgabe der Staatsregierung, den bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Perspektiven zu eröffnen und ihre Planungssicherheit zu erhöhen; dies wirkt sich auch erheblich auf die Motivation der Beschäftigten aus. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Freistaat seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber in diesem Kontext gerecht wird. Auf Bundesebene hat sie sich zudem für die Streichung von § 14 Abs. 2, 2a und 3 TzBfG einzusetzen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/22426 05.06.2018

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, **Familie und Integration**

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Drs. 17/20347

Beschäftigte brauchen Perspektiven: Sachgrundlose Befristung in Bayern abschaffen!

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Angelika Weikert Mitberichterstatter: Steffen Vogel

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen, der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Antrag mitbera-
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 12. April 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juni 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.06.2018 Drucksache 17/22780

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD

Drs. 17/20347, 17/22426

Beschäftigte brauchen Perspektiven: Sachgrundlose Befristung in Bayern abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen. Der Landtag übernimmt damit diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2018
 (Vf. 7-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der
 Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1
 Nrn. 3 bis 5, Art. 20 Nr. 3, Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 und Art. 32a des Gesetzes über
 die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei
 (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom
 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des
 Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017
 (GVBI. S. 388) geändert worden ist

PII/G1310.18-0008 Drs. 17/22582 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. März 2018 (Vf. 20-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung des Landkreises Fürstenfeldbruck über den Schutz von Landschaftsteilen (Landschaftsschutzverordnung) vom 8. Oktober 1979 (ABI. Nr. 33 vom 6. Dezember 1979) PII/G1310.17-0018 Drs. 17/22581 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	团	ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. April 2018 (Vf. 3-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 11 des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes (BayRiStAG) vom 22. März 2018 (GVBI. S. 118, BayRS 301-1-J) PII-G1310.18-0004 Drs. 17/22583 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

Europaangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Alexander König, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, COM (2018) 218 final, BR-Drs. 173/18

Drs. 17/22326, 17/22364 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	A	团	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I: Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von Iesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern Drs. 17/17796, 17/22424 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beteiligung Bayerns am Förderprogramm, um Kinderwunsch bei verheirateten und nicht verheirateten Paaren zu unterstützen Drs. 17/19078, 17/22425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

Anlage 1
zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

7.	Ilona Deckwerth u.a. Beschäftigte brauche	en Perspektiven: stung in Bayern absch		
		enden Ausschusses fü Jugend, Familie und Ir		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
8.	Andreas Lotte u.a. SI Bessere Verzahnung im Bereich der Breitb Drs. 17/20808, 17/22	des Bundesprogramn andförderung	ns und der Landesprog	gramme
			ı nd Verkehr, Energie uı	nd Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
9.	Martina Fehlner u.a.	erendaren verhindern!	efan Schuster,	
	Votum des federführe Bildung und Kultus	enden Ausschusses fü	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
10.	Stefan Schuster u.a.	staatlichen Verwaltung	, Doris Rauscher, des Freistaates Baye	rn verbessern
	Votum des federführe Fragen des öffentlich	enden Ausschusses fü en Dienstes	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunftskompetenzen an Bayerischen Schulen stärken – Perspektiven für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde I: Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an bayerischen Schulen verankern Drs. 17/21152, 17/22668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunftskompetenzen an Bayerischen Schulen stärken – Perspektiven für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde II.: Ethikunterricht mit Religionsunterricht gleichstellen Drs. 17/21153, 17/22669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunftskompetenzen an Bayerischen Schulen stärken – Perspektiven für Religionsunterricht, Ethik und Religionskunde III: Religionskundliche Bildung stärken

Drs. 17/21154, 17/22670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterrichtsversorgung an Bayerns Schulen I Zeitgemäße Datenerfassung für Bayerns Schulen Drs. 17/21220, 17/22671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Α

Anlage 1
zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

15.	Antrag der Abgeordneten Hubert Alwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterrichtsversorgung an Bayerns Schulen II Vertretungskonzepte an Bayerns Schulen Drs. 17/21221, 17/22672 (A)				
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
16.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Unterrichtsversorgung Eigenständigkeit der S Drs. 17/21222, 17/226	olo u.a. und Fraktion (F an Bayerns Schulen II chulen stärken	REIE WÄHLER)		
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			ENTH	
17.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Unterrichtsversorgung verbessern Drs. 17/21223, 17/223	olo u.a. und Fraktion (F an Bayerns Schulen I'	REIE WÄHLER)	an Schulen	
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
18.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Unterrichtsversorgung Drs. 17/21224, 17/226	olo u.a. und Fraktion (F an Bayerns Schulen \	REIE WÄHLER)	ute Schule	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

19.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schutz vor gesundheitlichen Risiken durch Tätowiermittel Drs. 17/21225, 17/22428 (E) [X]				
	Auf Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO "Zustimmung" zum abweichenden Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		团	团		
20.	. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Non scholae, sed vitae discimus – Alltagskompetenz am bayerischen Gymnasiun Drs. 17/21226, 17/22675 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
21.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schulgeldfreiheit für Physio-, Ergotherapeuten und Logopäden Drs. 17/21252, 17/22666 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z	团		
22.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Maßnahmen zur Förderung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männel Drs. 17/21254, 17/22579 (A) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z		Z	

zur 134. Vollsitzung am 14. Juni 2018

23.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewa und Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Duldung in § 60a Abs. 2 Satz 2 Aufentho Drs. 17/21264, 17/22665 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	A	
24.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Ingrid Heckner u.a. und Fraktion (CSU) Stärkung der Heilmittelerbringer – Schulgeldfreiheit für die Ausbildung der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden und weiterer zugehöriger Heilberufe in Bayern Drs. 17/21280, 17/22678 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus 			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
25.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD			

Bayernweite Umstellung des ÖPNV auf Elektrobusse mitfinanzieren Drs. 17/21443, 17/22687 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hofübergaben und Existenzgründungen in der Landwirtschaft für eine vielfältige ländliche Entwicklung Drs. 17/21449, 17/22048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Kommunen bei Luftreinhaltung unterstützen -

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

27.	27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht der Staatsregierung zum Jugendarrest Drs. 17/21569, 17/22664 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
28.	 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. SPD Bayerisch-polnische Beziehungen beleben I – Baldige Sitzung der bayerisch-polnischen Expertenkommission notwendig Drs. 17/21577, 17/22378 (E) Votum des federführenden Ausschusses für 			
	Bundes- und Europaar	ngelegenheiten sowie	regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
29.	 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. SPD Bayerisch-polnische Beziehungen beleben II – Bilanz und Perspektiven seit dem Regierungswechsel in Polen Drs. 17/21578, 17/22379 (E) 			
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
30.	Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl u.a. SPD Bayerisch-polnische Beziehungen beleben III - Anliegen der Deutschen Minderheit in Polen besonderes Augenmerk schenken Drs. 17/21579, 17/22380 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z